Antrag 128/II/2024 Jusos LDK
Linke Politik auch bei Gegenwind - stabil stehen gegen Rechte Raumnahme

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Unsere Gesellschaft erlebt gegenwärtig eine beängstigende Gegenwart von rechtem Gedankengut in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Seien es die jüngsten Europawahlergebnisse der AfD, die Störungsaktion von Faschist*innen beim CSD oder das Entstehen einer neuen rechtsextremen Jugendkultur: Rechtsextreme Akteur*innen fühlen sich im Aufwind und versuchen, einen größer werdenden Raum in unserer Gesellschaft einzunehmen. Während Konservative bis hin zu Teilen der SPD annehmen, dass sie durch eine Übernahme rechter Narrative politischen Erfolg erzielen, stellen wir uns dieser Raumnahme von Rechts entgegen. Die beste Antwort auf schlechte Politik von rechts ist gute Politik von links! Wenn sich rechtsextreme Jugendgruppen wieder organisieren, sich zum Kampfsport treffen und linke Orte und Aktivist*innen angreifen, trotzen wir dem Gegenwind und kämpfen weiterhin für eine sozialistische und solidarische Gesellschaft. Denn der Kampf für diese Gesellschaft ist für uns die tatsächliche Antwort gegen Rechte Narrative.

Dazu sind umfassende Forderungen in verschiedenen Bereich nötig.

Wir fordern daher im Bereich des Antifaschismus:

- die klare Benennung von durch rechte Ideologien motivierte Straftaten als rechte Gewalt.
- die Förderung und den Ausbau queerer Projekte und die Sicherstellung von queeren Schutzräumen.
- die Erhaltung und Entstehung linker Jugendclubs, als wichtiges und demokratieförderndes Angebot für junge und linke Diskursräume.
- den Ausschluss rechtsextremer Gruppen von der Nutzung öffentlicher Gebäude, Sportstätten und Grundstücken.
- eine intersektionale Schwerpunktsetzung bei Anlaufstellen rechter Gewalt, um der Gefahr einer Individualisierung rechter Gewalt zu begegnen.
- die Förderung und Finanzierung von Bildungs- und Aufklärungsprojekten, die sich gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus einsetzen.
- Eine intensivere Parteienbildung und kritische Auseinandersetzung sowie Einordnung der Werte und Geschichte von Parteien und Parteiprogrammen in den Schulen. Dies muss jahrgangsübergreifend vor jeder Bundestagswahl und auch zusätzlich zum schulischen Politikunterricht gewährleistet sein.
- die Förderung und Finanzierung von marginalisiertem Leben, durch Unterstützung der Gemeinden, Vereine und Initiativen, um sie als sichtbaren Teil der Stadtgesellschaft zu stärken.
- die Sicherstellung der Ausfinanzierung des Berliner Registers,

Antifaschismus findet aber nicht nur auf der Straße und in der Zivilgesellschaft statt, sondern muss auch in Parlamenten stattfinden. Daher fordern wir:

- Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Arbeit mit der AfD in allen SPD-Gliederungen und auf allen politischen Ebenen – von Kommune bis EU darf nicht mit der AfD zusammengearbeitet werden.
- Deutliche Konsequenzen, bis zum Ende von Koalitionen, falls Koalitionspartner* mit der AfD zusammenarbeiten oder die Zusammenarbeit auf anderen Ebenen toleriert wird
- einen Maßnahmenkatalog des Abgeordnetenhauses spezifisch gegen die verschiedenen Ausprägungen rechte Gewalt und
- Vereinsverbote für Vorfeldorganisationen der AfD sowie nahestehende Stiftungen

- die Prüfung eines Antrages auf ein Verbot der AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG vorzubereiten und beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Der Rechtsruck macht auch vor unserer Partei nicht halt. Um diesem entgegenzuwirken, fordern wir:

- keine Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit ‚Linksextremismus‘ durch Sozialdemokrat*innen,
- keine Übernahme rechter Narrativen durch die SPD,
- sowie Schulungen für Funktions- und Mandatsträger*innen der SPD zu verschiedenen Diskriminierungsformen und Intersektionalität. Dies soll in Form von Workshops, Veranstaltungen und Kampagnen geschehen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auch Antisemitismusprävention einen festen Platz in unserer politischen Bildungsarbeit einnimmt.
- die Erarbeitung einer Bündnisstrategie der SPD unter Einbeziehung relevanter AGen, die in verschiedenen Bündnissen vertreten sind
- eine Übersicht über die Bündnisse, in denen die SPD als Partei vertreten ist,
- eine zentrale und niedrigschwellige Übersicht über Bündnisse und Initiativen, bei denen sich auch Basismitglieder engagieren können, inklusive möglicher Ansprechpersonen und
- weiterhin keine Zusammenarbeit mit der AfD – ob auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene

Überweisen an

AH Fraktion, Senat